

A13 Lebenswerte Rente - armutsfest, nachhaltig, gerecht

Antragsteller*in: Udo Philipp (KV München), Matthias Ernst (KV Straubing Bogen), Barbara Fuchs (KV Fürth), Peter Gack (KV Bamberg), Katharina Grammel (KV Erlangen), Wolfgang Leitner (KV München), Hubert Lingweiler (KV Rosenheim), Michael Mittag (KV Regensburg), Monika Pfriendler (KV Altötting), Heidi Schiller (KV München), Hermann Schoyerer (KV Freyung-Grafenau), Ulrike Seifert (KV Ostallgäu), Karl-Heinz Stammberger (KV Erlangen), Frank Steinberger (KV Landshut Land), Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg), Dirk Wildt (KV Passau Land)

Antragstext

1 Wir werden immer älter und bleiben länger gesund und fit. So sehr sich die
2 Menschen darüber freuen, so sehr macht es ihnen auch Sorge. Kaum ein Thema
3 eignet sich so für Populismus und Angstkampagnen wie die Rente. Zurecht: Das
4 Rentenniveau ist erschreckend niedrig und soll weiter sinken.
5 Durchschnittsverdiener*innen sorgen sich um ihren Lebensstandard und
6 Geringverdiener*innen sind im Alter auf Sozialhilfe angewiesen. Millionen von
7 Selbständigen sind überhaupt nicht abgesichert. Zeit für eine mutige
8 Rentenreform!

9 Oft sprechen wir von drei Säulen der Altersvorsorge in Deutschland. Doch nur
10 eine der drei Säulen hat wirklich die Kraft, die Menschen im Alter zu tragen.
11 Daher wollen wir Grüne die gesetzliche Rentenversicherung wieder stärken,
12 ausbauen und für alle Bürger*innen öffnen.

13 Wir wollen die Rente stärken, indem wir für uns für eine gerechte und dynamische
14 Wirtschaft einsetzen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen nicht in
15 prekären unterbezahlten Verhältnissen arbeiten müssen. Wir wollen Familie und
16 Beruf in Einklang bringen, so dass beide Eltern arbeiten können. Wir setzen uns
17 dafür ein, dass Frauen endlich genauso gut bezahlt werden wie Männer. Und wir
18 sind für eine offene Gesellschaft. Wir wollen Zuwanderung ermöglichen und die
19 zugewanderten Menschen gut integrieren und fördern. Wir wollen die
20 gesetzliche Rente auch stärken, indem wir konsequent alle versicherungsfremden
21 Leistungen, wie zum Beispiel die Mütterrente, aus Steuermitteln bezahlen. Wenn
22 wir die Rente so wieder stärken, können wir auch das Rentenniveau stabilisieren.

23 1. Die Rente ausbauen: Echte Rente auch für Menschen mit geringem Einkommen

24 Wir wollen und müssen die gesetzliche Rente jedoch auch ausbauen. Wir wollen
25 endlich auch Menschen mit niedrigem Einkommen und mit unterbrochenen
26 Erwerbsbiographien die Chance geben, sich eine echte, lebenswerte Rente zu
27 erarbeiten. Wir wollen daher allen Menschen, die mindestens dreißig
28 Versicherungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung erworben haben, eine
29 Rente in Höhe von mindestens 30 Erwerbspunkten garantieren. Das sind derzeit
30 913,50 Euro brutto und somit spürbar mehr als die Grundsicherung im Alter.

31 Diese Garantierente soll alle Wesenszüge einer echten Rente haben. Das bedeutet,
32 dass die Garantierente, anders als die Grundsicherung im Alter, genauso
33 automatisch von der gesetzlichen Rentenversicherung ausbezahlt wird wie jede
34 normale Rente auch. Die Rentner*innen müssen nicht nachweisen, dass sie arm
35 sind. Sie können ihre Ersparnisse, ihre private und betriebliche Altersvorsorge

36 so wie auch eventuelle Einkünfte aus weiterer Erwerbstätigkeit
 37 selbstverständlich behalten. Und genau wie bei allen anderen Rentner*innen
 38 sollen höhere Beiträge in die Rentenversicherung auch zu einer höheren
 39 Garantierente führen.

40 An einem konkreten Beispiel lässt sich das illustrieren: Wenn eine Person 30
 41 Jahre nur wenige Wochenstunden gearbeitet hat und deshalb nur 15 Erwerbspunkte
 42 erworben hat, wird ihre Rente dank der Garantierente auf 30 Erwerbspunkten (913
 43 Euro) angehoben. Wenn eine andere Person 45 Versicherungsjahre und 29
 44 Erwerbspunkte erworben hat, sollte ihre Garantierente höher sein, also in
 45 diesem Beispiel vielleicht 35 Erwerbspunkte (1.066 Euro). Der steuerfinanzierte
 46 Zuschuss soll mit ansteigenden Renten kontinuierlich abschmelzen. Niedrige
 47 Renten würden also stark, mittlere Renten würden etwas und hohe Renten würden
 48 gar nicht angehoben.

49 **2. Die gesetzliche Rente für alle Bürger*innen öffnen: Bürgerversicherung**

50 Wir wollen die derzeitige Ständegesellschaft in der Rente abschaffen und
 51 stattdessen die gesetzliche Rente für alle Bürgerinnen und Bürger öffnen, auch
 52 für Beamte, Politiker und Selbständige, die heute eine eigene Altersversorgung
 53 haben. Um dieses wichtige Projekt konkret voranzutreiben, fordern wir den
 54 Bundesvorstand und/oder die Bundestagsfraktion auf, spätestens in der ersten
 55 Hälfte der nächsten Legislaturperiode ein detailliertes Konzept für die
 56 Bürgerversicherung in der Rente der BDK zur Abstimmung vorzulegen.

Begründung

Ob es das Referendum über den Brexit ist oder die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern: die Wahlergebnisse zeigen, was geschieht, wenn sich weite Teile der Bevölkerung abgehängt fühlen. Wir müssen daher unbedingt unsere Gesellschaft wieder besser zusammenhalten. Und wir dürfen nicht glauben, dass wir in Bayern diesen Gefahren nicht ausgesetzt wären. Auch bei uns ist der Kontrast zwischen München und Wunsiedel extrem, auch wir haben Regionen, die vom demographischen Wandel massiv betroffen sind und immer mehr zurückbleiben.

Geschürt von Demagogen wie Horst Seehofer grassiert die Angst vor Altersarmut immer mehr. Während diese Populisten aber hemmungslos die Last den nächsten Generationen aufbürden, um sich heute bei ihren alten Wählern beliebt zu machen, sind wir die einzige Partei, die konsequent auch die nächste Generation im Blick hat: Nicht nur Umweltatlasten sind Gift für die Zukunft, auch finanzielle Altlasten können die nächste Generation über Gebühr belasten. Es gibt kaum ein Finanzthema mit so gravierenden Auswirkungen für die nächste Generation wie die Rente. Deswegen können und müssen wir die Rente auch zu einem grünen Thema machen.

1. Die Rente ausbauen: Echte Rente auch für Menschen mit geringem Einkommen

Auch wenn wir das Rentenniveau stabilisieren, reicht das nicht für Menschen mit niedrigen Einkommen und mit unterbrochenen Erwerbsbiographien. Diese haben auch bei einem stabilen Rentenniveau keine Chance, sich eine echte, lebenswerte Rente zu erarbeiten. Menschen, die weniger als 1.800 Euro verdienen sind, sind selbst wenn sie 45 Jahre lang Vollzeit arbeiten würden, auf Sozialhilfe (Grundsicherung im Alter) angewiesen. Noch viel problematischer ist es für die vielen Menschen, die es nicht schaffen, 45 Jahre durchgängig zu arbeiten. Besonders Frauen droht daher Armut im Alter.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen ihr Leben lang ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten und im Alter keine echte Rente bekommen. Und das, obwohl sie vorher fast ein Fünftel ihres kargen Einkommens in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen mussten. Und wenn sie so dumm waren, von

ihrem geringen Einkommen ein wenig vorzusorgen, werden diese kleinen Ersparnisse auf die Grundsicherung vollständig angerechnet.

Deshalb wollen wir Grüne die steuerfinanzierte Garantierente einführen und Menschen mit geringen Einkommen etwas mehr Rente ausbezahlen, als sie einbezahlt haben. Damit die Garantierente keine Sozialhilfe de luxe ist, sondern eine echte Rente, darf es für die Grüne Garantierente keine Bedürftigkeitsprüfung geben. Menschen sollen nicht mehr auf entwürdigende Weise nachweisen, dass sie arm sind, um die Garantierente zu erhalten. Und sie sollen nicht mehr dafür bestraft werden, wenn sie trotz ihrer geringen Einkommen freiwillig private oder betriebliche Altersvorsorge betreiben.

Um aus der Garantierente eine echte Rente zu machen, müssen so wie bei allen anderen Rentner*innen auch, höhere Beiträge zu einer höheren Rente führen. Die meisten Menschen empfinden es als ungerecht, wenn es für die Rente keinen Unterschied macht, ob man wenige Jahre ein paar Stunden in der Woche gearbeitet hat oder 45 Jahre Vollzeit.

Diese anwachsende Garantierente ist zum einen frauen- und familienpolitisch wichtig. Menschen sollten nach einer Elternzeit möglichst leicht wieder in ihren Beruf einsteigen können. Dazu gehört auch, ihnen eine höhere Rente zugestehen, wenn sie wieder arbeiten, sonst empfinden sie ihre Rentenbeiträge als nutzlos und bleiben zu Hause oder arbeiten schwarz.

Das Anwachsen der Garantierente ist auch sozialpolitisch wichtig. Auch eine Rente von 900 Euro ist kein Zuckerschlecken. Wir sollten daher die Renten bis in die untere Mittelschicht anheben. Dies ist mit unserer anwachsenden Garantierente auf besonders kostengünstige Weise möglich. Eine auf 900 Euro gedeckelte Garantierente kostet 8 Milliarden Euro. Wenn wir sie anwachsen lassen, würde das etwa 5 Milliarden Euro mehr kosten. Das ist viel Geld. Aber im Vergleich zu den etwa 300 Milliarden Euro, die wir jährlich für die Rente ausgeben, fällt es nicht wirklich ins Gewicht. Und im Vergleich zu einer deutlichen Anhebung des allgemeinen Rentenniveaus ist es ganz erheblich preiswerter.

2. Bürgerversicherung

Die Bürgerversicherung ist so wichtig, weil wir alle Bürger*innen eines Staates sind. Das heißt, für uns alle gelten die gleichen Rechte und Pflichten. Die großen Institutionen unseres Staates stehen uns allen gleichermaßen offen. Dieser Grundsatz sollte für jede funktionierende Demokratie selbstverständlich sein. Für unsere Altersvorsorge stimmt das jedoch nicht. Damit fühlen sich viele als Bürger*innen zweiter Klasse. Das wollen wir hinter uns lassen.

Obwohl innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen seit langem eine Mehrheit besteht, dass wir die Bürgerversicherung in der Rente wollen, können wir sie nicht prominent in den Wahlkampf tragen. Dies liegt daran, dass die Überführung von Beamtenpensionen und Versorgungswerken der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung ein außerordentlich komplexes Unterfangen ist und wir dafür eine detaillierte Machbarkeitsstudie benötigen. Wir als Basis in Bayern können ein solches Konzept nicht selber erarbeiten und sind auf die Fachleute im Bundesvorstand und/oder Bundestagsfraktion angewiesen.

Bei einem so prominenten Thema riskieren wir Freunde und Gegner gleichermaßen zu verlieren, wenn wir das Vorhaben nicht konkretisieren. Die Gegner der Bürgerversicherung befürchten, dass wir nur an ihren Geldbeutel wollen und ein riesiges Umverteilungsprojekt anstoßen wollen, selbst wenn es uns hier um ganz andere Dinge geht. Die Befürworter der Bürgerversicherung sind frustriert, weil wir vielleicht zum dritten Mal in unser Bundestagswahlprogramm wieder nur eine vage Absichtserklärung formulieren werden. Es ist daher an der Zeit, ein durchdachtes Konzept zu erarbeiten.

Die Zeit ist momentan besonders günstig, weil viele Versorgungswerke von Selbständigen aufgrund der niedrigen Zinsen in großen Schwierigkeiten sind und über Reformen nachdenken müssen. Wir können ihnen daher mit der Aufnahme in die gesetzliche Rente ein attraktives Angebot machen.